

GERICHT FÜR DEN ÖFFENTLICHEN DIENST

Urteil des Gerichts für den öffentlichen Dienst (Dritte Kammer) vom 26. März 2014 — CP/Parlament

(Rechtssache F-8/13) ⁽¹⁾

(Öffentlicher Dienst — Beamter — Referatsleiter — Probezeit — Keine Bestätigung in den Funktionen des Referatsleiters — Versetzung auf eine Stelle ohne Leitungsfunktionen — Interne Vorschriften des Parlaments)

(2014/C 142/75)

Verfahrenssprache: Französisch

Parteien

Kläger: CP (Prozessbevollmächtigte: Rechtsanwältinnen L. Levi und A. Tymen)

Beklagter: Europäisches Parlament (Prozessbevollmächtigte: O. Caisou-Rousseau und V. Montebello-Demogeot)

Gegenstand der Rechtssache

Klage auf Aufhebung der Entscheidung, den Kläger nicht in seinen Funktionen als Referatsleiter zu bestätigen und ihn in die Generaldirektion Interne Politikbereiche zu versetzen

Tenor des Urteils

1. Die Entscheidung vom 23. März 2012, mit der das Europäische Parlament CP nicht in seinen Funktionen als Referatsleiter bestätigt und ihn in die Generaldirektion „Interne Politikbereiche der Union“ versetzt hat, wird aufgehoben.
2. Im Übrigen wird die Klage abgewiesen.
3. Das Europäische Parlament trägt seine eigenen Kosten und wird zur Tragung der Kosten von CP verurteilt.

⁽¹⁾ ABl. C 108 vom 13.4.2013, S. 39.

Beschluss des Gerichts für den öffentlichen Dienst (Dritte Kammer) vom 27. Februar 2014 —
Walton/Kommission

(Rechtssache F-32/13) ⁽¹⁾

(Öffentlicher Dienst — Bediensteter auf Zeit — Abgangsgeld — Ausscheiden aus dem Dienst, das durch Urteil des Gerichts erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften festgestellt wurde — Bestimmung des Zeitpunkts des Ausscheidens aus dem Dienst — Rechtskraft — Entscheidungen der Anstellungsbehörde, die mangels Klage bestandskräftig geworden sind — Nichteinhaltung des vorherigen Verfahrens — Offensichtliche Unzulässigkeit)

(2014/C 142/76)

Verfahrenssprache: Französisch

Parteien

Kläger: Robert Walton (Oxford, Vereinigtes Königreich) (Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt F. Moyse)

Beklagte: Europäische Kommission (Prozessbevollmächtigte: J. Currall und A.-C. Simon)

Gegenstand der Rechtssache

Klage auf Aufhebung der Ablehnung des Antrags auf Erstattung des Restbetrags, den die Kommission dem Kläger als Abgangsgeld hätte zahlen müssen